Rohingya-Krise spitzt sich zu – Indien will 40.000 abschieben

18. September 2017

Neu Delhi/Bonn (KNA) In Südostasien verschärft sich die Situation der aus Myanmar geflüchteten Rohingya weiter.

Nachbarland Indien versucht laut indischer Medien (Freitag) die Schutzsuchenden abzuschieben und im angrenzenden Bangladesch sind die Flüchtlingslager der Vereinten Nationen zufolge total überlastet. In Indien entfacht demnach der religiöse Konflikt zwischen nationalistischen Hindus und Muslimen durch die Rohingya-Krise. Indiens Regierung kämpft vor dem Obersten Gericht des Landes um das Recht, die 40.000 Rohingya-Flüchtlinge in Indien als „Gefahr für die nationale Sicherheit“ abschieben zu dürfen, wie berichtet wird.

Unterstützung erhalte die hindu-nationalistische Regierung von Premierminister Narendra Modi von der Hindutva-Bewegung. Hindutva bezeichnet das radikale politische Konzept, aus Indien einen hinduistischen Gottesstaat zu machen. In den vergangenen Tagen demonstrierten in Neu Delhi und in Jammu und Kaschmir Tausende Muslime gegen das gewaltsame Vorgehen der Armee Myanmars gegen die Rohingya. Dabei kam es laut Medien zu Zusammenstößen mit Hindus. Jammu und Kaschmir ist ein autonomer indischer Bundesstaat, der einzige landesweit mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit. Indiens Innenminister Kiren Rijiju hatte Anfang August dem Parlament mitgeteilt, die Regierung habe „detaillierte Anweisungen zur Deportation illegaler Ausländer, einschließlich der Rohingya“ erteilt.

Rohingya-Vertreter haben gegen den Ausweisungsbeschluss geklagt. Bei seinem offiziellen Besuch in Myanmar in der vergangenen Woche hatte sich Premierminister Modi zu den Rohingya-Flüchtlingen in Indien und der Gewalt gegen die Rohingya an der Grenze zu Bangladesch nur indirekt geäußert. Modi und Staatsrätin Aung San Suu Kyi vereinbarten, gemeinsam gegen Terrorismus vorzugehen. Im offiziellen Sprachgebrauch der Regierung von Myanmar gelten Rohingya seit Ende August als „Terroristen“.

Auch in Bangladesch spitzt sich die Lage laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR weiter zu. Schätzungen zufolge haben seit Ende August mehr als 389.000 Rohingya im Land Schutz gefunden. Die Flüchtlingslager seien hoffnungslos überfüllt. 120.000 Menschen würden über eine Luftbrücke vom UNHCR versorgt. Zusätzliche Unterstützung sei dringend erforderlich, sagte der Geschäftsführer der UNO-Flüchtlingshilfe, Peter Ruhenstroth-Bauer, in Bonn.

Der überwiegende Teil der Geflüchteten sind demnach Frauen, Mütter mit Neugeborenen sowie Familien mit Kindern. „Wenn sie Bangladesch erreichen, sind sie in einem desolaten Zustand: erschöpft, ausgehungert und auf der Suche nach Obdach“. Der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz von Myanmar, Kardinal Charles Bo, macht eine „international wachsende Islamphobie“ als einen Grund für die Gewalt gegen die Rohingya aus. „Sie

beeinflusst leider den Geist der Menschen“, sagte der 68-jährige Salesianer der Wochenzeitung „Neues Ruhr-Wort“ (Samstag). Der Erzbischof von Yangon (Rangun) appelliert an seine Landsleute: „Myanmars Menschen müssen alle Menschen als ihre Brüder und Schwestern behandeln.“

(KNA – rktlp-89-00124)

Stand: 27. November 2026